

9. Europaministerkonferenz in Bonn (Bayern)

16.02.1995

Beschluß

TOP 6: Heranführung der mittel- und osteuropäischen Staaten an die Europäische Union

1. Die Europaminister und -senatoren der Länder nehmen den Bericht der Länder Berlin und Sachsen zur Heranführung der Staaten Mittel- und Osteuropas an die Europäische Union zur Kenntnis.
2. Sie begrüßen den Beschluß des Europäischen Rates, mit einer umfassenden Strategie der weiteren Heranführung der assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas an die Europäische Union zusätzliche Dynamik und Qualität zu verleihen. Sie unterstreichen die herausragende Bedeutung einer zügigen Integration der Reformstaaten Mittel- und Osteuropas in die Europäische Union zur Gewährleistung von politischer und wirtschaftlicher Stabilität in Europa.
3. Die Europaminister und -senatoren der Länder begrüßen die Absicht der französischen Präsidentschaft, das Strategiepapier entsprechend dem Auftrag des Europäischen Rates zügig umzusetzen und fordern die Bundesregierung auf, sich für die Erfüllung dieses Auftrages einzusetzen. Sie betonen, daß die Beziehungen zu den Staaten Mittel- und Osteuropas aufgrund der Beitrittsperspektive in die Europäische Union eine andere Qualität haben als die Beziehungen zu außereuropäischen Anrainerstaaten.
4. Die zu ergreifenden Maßnahmen sollten im Sinne der vom Europäischen Rat verabschiedeten Strategie darauf gerichtet sein, den MOE-Staaten die Übernahme der mit der EU-Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen zu ermöglichen.

Die Europaminister und -senatoren der Länder sind sich bewußt, daß die Hauptlast bei dieser Aufgabe den assoziierten Staaten zufällt. Aufgabe der EU ist es, die Reformstaaten bei der Vorbereitung auf den Beitritt zu unterstützen und ihrerseits die Voraussetzungen zu schaffen, die eine Aufnahme ermöglichen.

5. Die Europaminister und -senatoren bekunden die Bereitschaft der Länder, einen aktiven Beitrag zur beschleunigten Heranführung dieser Staaten zu leisten. Dies gilt insbesondere bei der interregionalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und in den Bereichen Kultur, Bildung und Ausbildung.

6. Die Europaminister und -senatoren der Länder sehen eine Hauptaufgabe der Regierungskonferenz 1996 darin, die Voraussetzungen für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit den Staaten Mittel- und Osteuropas zu schaffen. Sie sind gleichzeitig der Auffassung, daß der Beginn der Beitrittsverhandlungen nicht von einem bestimmten Ergebnis der Regierungskonferenz 1996 abhängig gemacht werden darf. Außerdem ist eine Reform der Politik der Europäischen Union, insbesondere der gemeinschaftlichen Struktur- und Regionalpolitik sowie der Agrarpolitik unerlässlich.

Sie stellen fest, daß die Bürger in kaum einem anderen Bereich so schnell sichtbare Erfolge erwarten wie in der Innen- und Rechtspolitik. Die Europäische Union muß bei der Bekämpfung der internationalen, grenzüberschreitenden Schwermriminalität handlungsfähiger gegenüber internationalen Verbrecherorganisationen werden. Gleichzeitig muß sie eine gemeinsame Asyl- und Visapolitik betreiben, um die großen Migrationsprobleme zu bewältigen und die innere Freizügigkeit nicht zu gefährden. Hieran sind die assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas entsprechend zu beteiligen. Die Innen- und Rechtspolitik kann so zum Motor gleichermaßen der europäischen Integration wie der Erweiterung werden.